



Die Arbeiterklasse muß ihre geschichtliche Aufgabe erkennen und im Vertrauen auf die eigene Kraft den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft aufnehmen

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten

Nr. 3

NEUE EINHEIT

17.8.71

Der Verlauf des 13. August ist sehr wohl von Bedeutung für Westberlin

Am 13. August 1971 fand in Neukölln auf dem Hermannplatz eine große antifaschistische Kundgebung statt, die sich gegen die rechtsradikale Demonstration richtete. Die Rechtsradikalen wollten mit ihrer Demonstration den 13. August für eine offene, unverhüllte imperialistische Politik ausnutzen. Diese Demonstration wurde zu einer völligen Niederlage der Faschisten, die sich einen großen "Einstieg" in Westberlin erhofft hatten. Es kam ein kleines Häuflein von 200 Personen. Demgegenüber standen 1500 antifaschistische Demonstranten. Diese Demonstration war sehr wohl von Bedeutung für Westberlin. Denn auf dieser Demonstration kamen die fortschrittlichen Kräfte zu Wort, die sich für eine grundsätzliche Wende im Kampf gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus einsetzen und die die Abrechnung mit der bisherigen antikommunistischen Politik in Westberlin fordern.

Die Machenschaft des Westberliner Senat zum 13. August

Der Westberliner Senat, SPD, CDU und FDP sowie die SEW waren darauf bedacht, so zu tun, als sei in Westberlin nichts Besonderes vorgefallen. Sie taten so, als gäbe es keine Zuspitzung der politischen Gegensätze in Berlin, als gäbe es keine Bewegung unter den westberliner Werktätigen. Die westdeutsche Bourgeoisie will momentan mit den neuen revisionistischen Ausbeutercliquen in den osteuropäischen Ländern Geschäfte machen und Westberlin zu einer "Drehscheibe" für diese Geschäfte machen. Gleichzeitig soll aber Westberlin noch Brückenkopf für den westdeutschen Imperialismus bleiben, deshalb verzichtet

man auch nicht völlig auf antikommunistische Hetze.

In den Augen der westdeutschen Bourgeoisie sind die westberliner Werktätigen nichts weiter als eine Masse, die sie nach Belieben für ihre Zwecke einsetzen möchte.

Ging es ihr früher darum, eine aggressive Politik gegen die damals sozialistischen Länder zu führen, dann hat sie alles in Gang gesetzt, um die Volksmassen zu betrügen, hat sie aufgehetzt, mit falschen Versprechungen gelockt, um den damals sozialistischen Aufbau in der DDR zu behindern. Dabei hat sie an die schlechten Traditionen in Deutschland angeknüpft, wie den Faschismus und den Krieg gegen die revolutionäre Sowjetunion, um in diesen Traditionen die Westberliner weiter als Stoßtrupp gegen den Sozialismus zu verheizen.

Heute verfolgt die westdeutsche Bourgeoisie eine etwas andere Taktik. Heute haben sie es in den östlichen Ländern mit einer neuen entarteten Revisionistenclique zu tun, die ebenfalls in tiefem Gegensatz zu den Volksmassen steht. Sie hofften, diese Revisionistencliquen überrumpeln zu können, mit ihnen zunächst Geschäfte machen zu können, sie mehr und mehr ökonomisch abhängig machen zu können, um dann auch politisch Einfluß zu gewinnen. Sie dringen dabei in die Einflußsphäre des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus ein. Dieser aber will sich durchaus mit dem westdeutschen Imperialismus verständigen, weil er sich seine "Westflanke" sichern will, um seine Kriegspolitik gegen die Volksrepublik China und andere Länder in Ruhe vorbereiten zu können.

Was heißt es, wenn die Imperialisten und Sozialimperialisten hier momentan "Frie-

den und Entspannung" anstreben? Sie warten ab und versuchen sich gegenseitig zu überlisten, um sich langfristig einen Vorteil zu verschaffen. Deswegen hat die westdeutsche Bourgeoisie auch ihre SPD vorgeschickt, die der Bundesrepublik ein friedliches, fortschrittliches Gesicht geben soll. Späterhin, wenn die Konkurrenz unter den Imperialisten wieder in ihrem unversöhnlichen Charakter hervortritt, werden sie unter Garantie wieder zu einer offenen, einer unverhüllten "Politik der Stärke" übergehen.

Deshalb können sie momentan auch keine wirklichen Auseinandersetzungen um den 13. August gebrauchen. Deshalb müssen sie sich jetzt in ihrer Hetze, sie wollen die Verhandlungen um Berlin nicht stören.

Der Senat leistet den Faschisten Vorschub

Das ist aber nicht das Einzige. Der Senat hat eine rechtsradikale Kundgebung am 13. August nicht verboten, obwohl er dies dem Recht nach hätte tun müssen. Im Gegenteil, dem Senat kam die Kundgebung der Faschisten sehr gelegen.

Die Rechtsradikalen witterten Morgenluft, weil sie hofften, die politische Stimmung bezüglich des 13. August für sich ausnutzen zu können. Sie wissen, daß ihnen eine bestimmte Rolle in unserer Gesellschaft zusteht. Sie werden bei der Unterdrückung der fortschrittlichen Bewegung in unserer Stadt gebraucht. Denn in Westberlin haben wir eine Bewegung, die für eine grundsätzliche, revolutionäre Änderung unserer Gesellschaftsordnung eintritt, die unter der Jugend weit verbreitet ist und unter den erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen beginnt sich zu verbreiten. Eine revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse aber ist unvereinbar mit den Bestrebungen der westdeutschen Imperialisten und der Sozialimperialisten, und eine solche Bewegung in Westberlin würde deren massenfeindliche Herrschaft in ihrem ganzen Herrschaftsbereich untergraben.

Der Senat war dabei sehr wohl selber an einem gewissen Erfolg der Faschisten interessiert, denn sie stellen die notwendige Ergänzung zu seiner Friedensheuchelei dar. Sie sollen die Dreckarbeit übernehmen, wie den Terror gegen die fortschrittliche Arbeiterbewegung, die in das Bild von der "fortschrittlich-friedlichen" SPD nicht hineinpaßt. Repräsentanten des Senats und des Abgeordnetenhauses nahmen nur an einer lächerlichen Veranstaltung auf dem Steinplatz teil, auf der einige heuchlerische Reden zur "Spaltung" gehalten wurden. Andererseits ließ der Senat eine Demonstration der Faschisten zu, die die "harte" antikommunistische Hetze weiterführen sollten, für die er sich in Westberlin gerade am 13. August einen guten Einstieg im Arbeiterviertel Neukölln versprach. Wegen der "neuen Ostpolitik" kann der Senat momentan diese Hetze selbst nicht betreiben.

Die SEW unterstützt die Senatspolitik

Auch die SEW hat versucht, den 13. August herunterzuspielen. Sie, die Vertretung der Sozialimperialisten in Westberlin,

paßten sich dem Konzept des Westberliner Senats an, den 13. August, der eine grundlegende Frage für Westberlin ist, unter den Tisch zu wischen. Sie gingen sogar so weit, in ihrem Organ, der sogenannten "Wahrheit", sich noch nicht einmal den Anschein zu geben, auf den 13. August einzugehen.

Die SEW war zu feige, vor die Westberliner hinzutreten und ihnen die Wahrheit zu sagen. Wir erläuterten in der in hoher Auflage verteilten Sondernummer 2 der "Neuen Einheit" mit dem Titel "Der 13. August und die revolutionäre Perspektive für die Westberliner", wie es zur Verbreitung des Antikommunismus, zur Frontstadtrolle Westberlins gekommen war, was dann auch die Abschirmung der Grenzen der DDR gegenüber Westberlin notwendig machte, weil sie von Westberlin aus geschädigt wurde.

Die SEW hat gar kein Interesse daran, sich gegenüber der Arbeiterklasse ehrlich über die politische Entwicklung Westberlins auseinanderzusetzen, weil dabei auch ihre eigene Entartung mit zutage treten würde. Die neuen revisionistischen Ausbeuter fürchten ebenso wie die herkömmliche Bourgeoisie die Revolution der Arbeiterklasse, und dementsprechend fürchtet die SEW nichts mehr als eine wirklich revolutionäre Bewegung in Westberlin. Das Wesen der Politik der Revisionisten besteht eben darin, die unterdrückten Klassen zu verachten, andererseits sich bei den herrschenden, ausbeutenden Klassen anzubiedern, um mit ihnen ins Geschäft zu kommen. Dementsprechend versuchen sie durch Verhandlungen und Geschacher bei den herrschenden Klassen etwas für sich herauszuholen und vermeiden es, die Arbeiterklasse für ihre geschichtliche Aufgabe zu mobilisieren. Sie haben auch gar kein Interesse an der Lösung der politischen Fragen, die der Arbeiterklasse auf den Nägeln brennen. Und ebenso wollen sie auch keinen konsequenten antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf führen.

Die SEW ist immer dann bereit, die Massen zu mobilisieren, wenn es um illusorische Forderungen wie z.B. die "Mitbestimmung" und die "Zurückdrängung" der Monopole geht, was nur ihr selbst und den Sozialimperialisten dient. Wenn es aber gilt, sich ehrlich mit den Massen auseinanderzusetzen und sie über die wahren Hintergründe des 13. August aufzuklären, dann zieht sie sich feige zurück.

Aber nicht nur das. Diesmal hat die SEW

Die Revolutionäre Stimme

Herausgeber:

Kommunistische Partei Deutschlands/
Marxisten-Leninisten (NEUE EINHEIT)

Verantwortlich: Klaus Sender

Redaktionsadresse:

Verlag Neue Einheit,

1 Berlin 30, Zietenstr. 22

Telefon: 216 23 57

(Dienstag und Donnerstag 18-20 h)

Eigendruck im Selbstverlag

erscheint 14-tägig Preis DM 0,20

im Abonnement erhältlich

nicht nur feige gehandelt, sondern sie ist sogar in einem Komplott mit der SPD dazu übergegangen, eine lang angekündigte faschistische Demonstration zu dulden. Das Verhalten der SEW war deshalb besonders auffällig, weil sie vor kurzen große Phrasen vom antifaschistischen Kampf tönte und lauthals das Verbot der NPD und anderer faschistischer Organisationen forderte. Nun, wo die Faschisten zur offenen Provokation schritten, kam keine Silbe über ihre Lippen. Die SEW-Führer weigerten sich, an der antifaschistischen Kundgebung teilzunehmen und erwähnten sie in der sogenannten "Wahrheit" mit keinem Wort, obwohl sie ganz klar das bedeutendste Ereignis am 13. August war. Die SEW-Führung - und das wird an dieser Sache ganz deutlich - ist an der Vorbereitung für die Niederschlagung der wirklich revolutionären Kräfte beteiligt. Das ist nur die Folge ihrer Politik als sozial-imperialistische Agentur.

An die Mitglieder der SEW sei gerichtet: Erkennt, daß die SEW mehr und mehr zu einer offen reaktionären Partei wird. Die Tatsachen um den 13. August und die antifaschistische Demonstration sind eindeutig, und sie haben sich auch keineswegs zufällig ergeben. Man konnte diese Entwicklung spätestens seit dem westdeutsch-sowjetischen Vertrag erkennen. Bereits im November 1970 schrieben wir in der "Neuen Einheit" Nr. 3 :

"Für die deutschen Revisionisten stellt sich endgültig die Frage, ob sie weiterhin den Sowjetrevisionisten folgen wollen und deren schmutzige Verrätereien mitmachen wollen. Ihnen muß klar sein, daß sie damit die Interessen der DDR und den antifaschistischen Kampf verraten."

Zusammenfassend kann man sagen, daß sowohl die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse als auch die SEW und die "Wahrheit" sich bemüht haben, die Westberliner Bevölkerung aus der politischen Auseinandersetzung weitgehend herauszuhalten, damit sie ihre Politik nicht durchschaut. Sie haben gemeinsam versucht, den Faschisten Vorschub zu leisten, weil sie sich von ihnen versprachen, daß sie eine Ausdehnung der revolutionären Arbeiterbewegung verhindern würden.

Diese hinterhältige sozialdemokratische Politik hat am 13. August 1971 einen ungeneuren Rückfall erlebt. Die Faschisten hatten überhaupt keinen Anklang unter der Bevölkerung, sondern stießen auf einhellige Ablehnung, so daß die Versuche, einige Teile der Bevölkerung am 13. August den Faschisten näherzubringen, total gescheitert sind. Andererseits hat sich gezeigt, daß den antifaschistischen und revolutionären Kräften, die für eine Mobilisierung und Aktivierung der Volksmassen für ihre Interessen eintreten, durchaus Verständnis entgegengebracht wurde. Das beweist, daß dieser Versuch, die Volksmassen aus der Politik herauszuhalten, kläglich gescheitert ist.

„KPD“ ergänzt die Senatspolitik

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auch noch die Versuche einiger linker Gruppen zu sehen, durch ihre provokatorische bzw. ver-

logen pazifistische Politik den antifaschistischen Kampf von vornherein zu isolieren und aussichtslos zu machen.

Auch bei dieser Demonstration am 13. August traten solche Kräfte auf. Zum einen lieferten sich anarchistisch-trotzkistische Gruppen nach der Kundgebung der Antifaschisten völlig sinnlose Schlachten mit den Faschisten. Vor allem aber versuchte die Führung einer Gruppe, die sich "KPD" nennt und die die antifaschistische Demonstration mitinitiiert hatte, offensichtlich dem westberliner Senat in die Hände zu spielen.

Die Führer dieser Gruppe haben versucht, eine Kundgebung zu verhindern, auf der die entscheidenden Fragen der westberliner Werktätigen zum 13. August aufgegriffen und beantwortet werden. Diese entscheidenden Fragen sind unserer Ansicht nach "wie ist es zur Verbreitung des Antikommunismus gekommen" und "was ist die Stellung der Westberliner zur Entstehung der DDR". Wir haben diese Fragen in der Sondernummer 2 der "Neuen Einheit" aufgegriffen und sind auf sie eingegangen. Wir hatten vor, als Organisation, die diese Kundgebung mitgetragen hat, eine entsprechende Rede zu halten. Die Beantwortung dieser Fragen war deshalb besonders wichtig, weil die Faschisten versuchen, diese Fragen in demagogischer Weise für sich auszunutzen.

Die "KPD" malte den Faschismus nur in seinen Schrecken aus, lamentierte pazifistisch gegenüber dem Faschismus und nannte einige Tatsachen über ihn, die mehr oder minder allgemein bekannt sind. Sie redete aber an der wichtigen Frage vorbei, nämlich wie der Antikommunismus, auf dem die faschistische Demagogie aufbaut, hier eine solche Verbreitung finden konnte. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß der Kampf der Antifaschisten zur Erfolglosigkeit verurteilt ist, wenn es nicht gelingt, breitere Bevölkerungsteile in den Kampf mit einzubeziehen. Der Antikommunismus hindert die Massen daran, am antifaschistischen und revolutionären Kampf teilzunehmen.

Die "KPD"-Führer haben uns genau wegen unserer Behandlung dieser Fragen mit erpresserischen Methoden daran gehindert, diese Rede zu halten. Sie stellten uns einfach vor die Wahl, es entweder zu einer offenen Auseinandersetzung auf der Kundgebung kommen zu lassen oder den Ablauf der Kundgebung allein mit ihren Reden zu akzeptieren. Wir wollten, daß diese Kundgebung ohne Debakel stattfindet, damit die Faschisten aus der Provokation dieser Gruppe keinen Nutzen ziehen konnten und druckten deshalb diesen Beitrag ab.

DIE REVOLUTIONÄRE STIMME (Sondernummer)

"Über den Kommunismus"

Preis DM 0,10

NEUE EINHEIT (Sondernummer 2)

"Der 13. August und die revolutionäre Perspektive für die Westberliner"

Preis DM 0,10

Vorher versuchten die Vertreter dieser Gruppe mit Phrasen "Wir sind uns doch alle einig" und "Es geht uns doch um die Sache" und durch Vermeidung einer gründlichen Vorabklärung der Politik auf dieser Demonstration die Vertreter der beteiligten Gruppen einzulullen. Wir sind sehr wohl für einen einheitlichen, geschlossenen antifaschistischen Kampf. Um jedoch in diesem Kampf aufrecht, ehrlich und entschieden vorgehen zu können, ist es notwendig, mit allen diskriminierenden und spalterischen Methoden innerhalb des antifaschistischen Kampfes aufzuräumen.

Weshalb ist dieser Vorfall von großer Bedeutung für die antifaschistische und die kommunistische Bewegung?

Die "KPD" trägt unserer Ansicht nach dazu bei, daß der antifaschistische Kampf von den westberliner Werktätigen losgelöst wird, da ohne eine Klärung der grundlegenden Fragen auch der antifaschistische Kampf keine breite Annäherung gewinnen kann. Die Faschisten hatten sich ja gerade den 13. August ausgesucht, um an ihn demagogisch anzuknüpfen! Der Westberliner Senat hatte ja gerade diese Demonstration am 13. August zugelassen! Die "KPD" setzte alles daran, daß genau die entscheidenden Argumente zum 13. August nicht gebracht wurden! Die Politik der "KPD" fügte sich also genau in die Politik des Westberliner Senats ein, in dem die Faschisten, die SEW und auch offensichtlich die "KPD"-

Führung eine Rolle spielen. Die letztere sollte den antifaschistischen Kampf von innen her aushöhlen. Die Tätigkeit all dieser Organisationen zielt darauf ab, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu schwächen.

Was zeigt dieses Beispiel? Es zeigt, daß es neben den offenen Agenten der Bourgeoisie auch "linke" Organisationen gibt, die unter der Maske des Sozialismus in Wirklichkeit bürgerliche Politik vertreten. Deshalb ist es notwendig, daß die Massen zwischen den "Linken" sehr genau unterscheiden müssen und sich nicht von den Phrasen und Lügen gewisser Gruppen abschrecken lassen dürfen, denn diesen Zweck sollen sie gerade erfüllen. Die Bourgeoisie versucht heute, den Klassenkampf für die Massen undurchschaubar zu machen, indem sie verschiedenste Mittel zur Niederhaltung der Volksmassen anwendet wie z.B. links- und rechtsradikale Organisationen.

Der revolutionäre Weg ist für die Massen letztlich unvermeidlich, da der Kapitalismus beseitigt werden muß. Es kommt darauf an, daß die Volksmassen den revolutionären Sozialismus sehr genau kontrollieren, und diese Kontrolle wird um so besser erfolgen, je mehr sich die Massen um ihr Schicksal selber kümmern, je mehr sie aktiv und selbstbewußt am revolutionären Kampf teilnehmen.

Feige Schikanen und Überfälle durch Faschisten, Werkschutz und Polizei

In letzter Zeit werden verstärkt Maßnahmen unternommen, die die Verbreitung der "Revolutionären Stimme" und der "Neuen Einheit" behindern sollen. Dies zeigt, welche Furcht die Kapitalisten vor unserer Politik haben.

So überfielen am Hermannplatz plötzlich mehrere faschistische Schläger zwei Genossen, die mitten im Diskutieren waren, entrissen ihnen die Zeitungen, schlugen auf sie ein und warfen den einen die U-Bahntreppe hinunter. Feige verschwanden sie sofort nach ihrem hinterhältigen Überfall.

Bei BBC versuchte ein Werkschutzmann dem Verteiler die Zeitungen zu entreißen und ihn zu vertreiben. Als er damit nicht durchkam, drohte er großmäulig, die Hunde loszulassen und mit drei Mann Verstärkung wieder rauszukommen.

Bei SEL-Tempelhof wurde eine Verteilerin von der Polizei auf das Revier im SEL-Gelände geschleppt, um ihre Personalien festzustellen, obwohl sie eine gültige Verteilererlaubnis hatte. Bei Bosse (Telefonbau, Kreuzberg) rückte die Polizei mit zwei Streifenwagen an und fragte nach dem Per-

sonalausweis, ohne sich groß für die Verteilererlaubnis zu interessieren. Bei Orenstein & Koppel drohte die Polizei ebenfalls einen Verteiler mitzuschleppen, der sich nicht ausweisen wollte. Die Polizisten zögerten dann aber doch, weil es - wie sie sagten - vor den Kollegen schlecht aussehe, wenn sie gewaltsam einen Verteiler mitzuschleppen würden.

Das sind nur die frechsten Übergriffe. Solche Methoden zielen darauf ab, die verteilenden Genossen einzuschüchtern und am Verteilen zu hindern. Gleichzeitig versucht die Polizei alle Verteiler namentlich zu erfassen, um bei einer Illegalisierung der Kommunisten gegen die einzelnen Leute vorgehen zu können.

Diese Bespitzelung richtet sich ebenso gegen die Arbeiter. Bei einigen Betrieben (z.B. Siemens-Wernerwerk, Orenstein&Koppel, AEG, Krone) beobachten Werkschutz und Pförtner, wer eine Zeitung nimmt und wer nicht.

Deshalb fordern wir die Kollegen auf, besonders viele Exemplare zu nehmen, damit nicht einzelne Kollegen angeschwärzt werden können!

Sowjetrevisionisten verstärken ihre Kriegsdrohungen

In sowjetischen, bulgarischen, ungarischen, polnischen und tsc.echischen Zeitungen werden immer unverhüllter Drohungen gegenüber den Balkanländern Rumänien, Albanien und

Jugoslawien ausgestoßen, wobei diese Länder beschuldigt werden, eine "antisowjetische Achse" mit Peking zu bilden. Dabei ist allen klar, daß keiner dieser

Staaten irgendwelche feindlichen Absichten gegenüber der Sowjetunion hat, sondern umgekehrt diese Staaten sich der Supermachtspolitik der Sozialimperialisten widersetzen und ihre nationale Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen. Die Breschnew-Kossygin-Clique in der Sowjetunion aber ist wütend, daß ihre Pläne, diese Länder mit "friedlichen" Methoden der wirtschaftlichen Erpressung und der Unterwanderung unter ihre Herrschaft zu bringen, gescheitert sind. Um ihr Ziel dennoch zu erreichen, drohen sie jetzt mit Krieg. Es brennt ihnen wie Feuer unter den Nägeln, daß nach dem kleinen heldenhaften albanischen Volk die Rumänen sich immer entschiedener ihrem Regiment widersetzen und ihren Machenschaften gegen China in die Quere kommen. Sie wissen aber, daß insbesondere das albanische und das rumänische Volk vorbereitet und entschlossen sind, einen eventuellen Angriff zurückzuschlagen. Sie wissen auch, daß es sich bei Enver Hoxha, dem großen Führer des albanischen Volkes, und beim rumänischen Staatsoberhaupt Ceausescu nicht um feige Elemente wie Dubcek und Svoboda handelt, die sich zwar vom sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus lösen wollten, um aber dessen Herrschaft gegen die des amerikanischen und westdeutschen Kapitals einzutauschen. Diese Führer sind bei den Volksmassen hoch angesehen und werden nicht die Rolle von Abwiegern und Versöhnern übernehmen. Gerade deshalb, weil die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Vasallen mit entschiedenem Widerstand rechnen müssen, verstärken sie unverhohlen ihre Erpressungsversuche und drohen offen mit Krieg. Zur "Unterstreichung" ihrer Unverschämtheiten führen sie an der Grenze zu Rumänien ein Militärmanöver nach dem anderen durch.

Damit setzen sie ihre räuberische, abenteuerliche Politik fort, deren Grundlagen durch den Putsch Chruschtschows und Breschnews Mitte der 50er Jahre gelegt wurden und die die sozialistische Sowjetunion Lenins und Stalins in eine sozialfaschistische Macht umgewandelt hat. Den

bisherigen Höhepunkt dieser Politik der Unterdrückung fremder Völker stellte der Einmarsch in die Tschechoslowakei dar.

Die westlichen Zeitungen bemühen sich, diese Politik, bestimmte Differenzen zum Anlaß zu nehmen, um ein ganzes Volk gewaltsam zu unterdrücken, als stalinistisch hinzustellen. Trotz grundsätzlicher Differenzen mit der jugoslawischen Tito-Rankavic-Clique, deren antikommunistischen und sowjetfeindlichen Charakter Stalin 1948 entlarvte, achtete er strengstens die Souveränität Jugoslawiens. Er hielt immer daran fest, daß die Völker ihr Schicksal selbst bestimmen sollen und lehnte jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ab. Er hielt auch an der nationalen Selbständigkeit Deutschlands fest, nachdem die Hitlertruppen besiegt waren, obwohl sie unermeßliche Verwüstungen im größten Teil der europäischen Sowjetunion angerichtet haben. Sein letzter Vorschlag 1952 zum Aufbau eines einheitlichen Deutschlands wurde aber von den westlichen Alliierten und der Adenauer-Regierung sabotiert.

Stalin war Kommunist. Die jetzige Clique, die in der Sowjetunion die Macht an sich gerissen hat, führt den Kommunismus nur im Munde, um die Volksmassen zu täuschen und das Ansehen Lenins und zum Teil auch wieder Stalins für ihre sozialimperialistischen Zwecke auszunutzen. Die westliche Presse aber versucht auszunutzen, daß diese Elemente ihre dunklen Geschäfte und ihre Politik der Unterdrückung der Völker im Namen des Kommunismus betreiben, um die Berechtigung ihrer alten antikommunistischen Hetze zu bestätigen. Seit wann aber beurteilt man jemanden nur nach dem, was er sagt, und nicht nach dem, was er tut? Nach dieser Logik wären sämtliche Kriegstreiber die größten Friedensapostel und Freiheitskämpfer, weil sie ihre aggressiven Absichten immer hinter Phrasen von Frieden und Freiheit verbergen, wie in jüngster Zeit auch der Krieg der US-Imperialisten in Vietnam zeigte. Nein, die Politik eines



Die Armee und die Bevölkerung schließen sich zusammen und verstärken ihre Vorbereitungen auf einen Kriegsfall; sie sind jederzeit bereit, jeglichen ausländischen Feind zu vereiteln.

Aus der Illustration: Julius Alberten

Breschnew oder eines Husak oder eines Gierek hat mit Kommunismus ebenso wenig zu tun wie der "Nationalsozialismus" mit dem Sozialismus. Um ihr Gesicht zu wahren, sind sie jedoch auf Phrasen angewiesen.

Gegen die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens, von denen sie völlig entlarvt worden sind, entfalten sie ihren unbändigen Haß. Sie sind nicht nur gierig auf die Reichtümer Chinas und des Balkans, sie sind übereinander versessen darauf, diese Länder, die die Politik Lenins und Stalins fortsetzen, zu beherrschen, weil sie hoffen, ihrer ständigen Entlarvung zu entgehen und damit auch den Widerstand im eigenen Land besser unterdrücken zu können. Denn sie bangen selber um ihre Herrschaft und fürchten das eigene Volk. Der Aufstand der polnischen Arbeiter hat gezeigt, wie brüchig die Herrschaft der Revisionistencliquen ist, und sie alle fürchten, daß er ein Ansporn für die revolutionären Kräfte im eigenen Land bildet. Deshalb wird ihre Politik immer wahnwitziger und sie wollen mit allen Mitteln den Widerstand gegen ihre Politik innerhalb ihrer "Einflußsphäre" niederschlagen. Um dies zu gewährleisten, betreiben sie diese üblen Erpressungs- und Einschüchterungsversuche, die aber von den Völkern Albaniens, Rumäniens und Jugoslawiens entschieden zurückgewiesen werden.

Der kalte Krieg gegen China

Die Spitze der Drohungen der Sozialimperialisten ist deutlich gegen die Volksrepublik China gerichtet. Vor allem werfen sie den drei Balkanländern die freundschaftlichen Beziehungen zu China vor, gegen das sie aktiv einen Krieg vorbereiten. Die Haltung der Rumänen, die sich bei Kongressen, Tagungen und Vereinbarungen entschieden gegen die Vernetzung Chinas gewandt hatten, ist der Breschnew-Clique schon lange ein Dorn im Auge, weil sie ihre Kriegsbemühungen gehemmt hatte. Deswegen ist sie jetzt gezwungen, auch die Rumänen zu verteufeln, um ihre Komplizen fest zusammenzuschließen; sie kann eine freundschaftliche Haltung gegenüber der Volksrepublik China nicht dulden.

In ihrer Hetze gegen China ziehen die Sowjetrevisionisten alle Register des kal-

ten Erreges, die sie von ihren imperialistischen Vorbildern gelernt haben. Ähnlich wie den US-Imperialisten und den westdeutschen und westberliner Reaktionen keine Lüge zu dreckig und keine Verleumdung zu abgeschmackt war, um die damalige sozialistische Sowjetunion zu verhetzen, um die Volksmassen zum Krieg gegen sie vorzubereiten, greifen die Sozialimperialisten zu allen möglichen Unwahrheiten und Gemeinheiten, um für einen neuen Krieg Stimmung zu machen. Besonders die Redakteure der sowjetrevisionistischen Nachrichtenagentur TASS überbieten sich in Gerüchtemecherei und haltlosen Erfindungen, um gegen China zu hetzen.

Ein neues "Argument" der Sowjetrevisionisten ist die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen der Volksrepublik China zu einer Reihe von Staaten, besonders zu Jugoslawien. Sie versuchen, die Verbesserung der chinesisch-jugoslawischen Beziehungen als einen prinzipienlosen Akt Chinas darzustellen, weil die chinesische KP im Verein mit allen kommunistischen Parteien den Bund der Kommunisten Jugoslawiens ideologisch bekämpfte, diese Partei als pseudokommunistisch und entartet verurteilt hat. Kein chinesischer Kommunist behauptet, daß diese Kritik grundlos war und nichtmehr zutrifft. Es geht hier aber nicht um die Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, sondern um die Beziehung zwischen zwei Nationen, die von den Chinesen von den Prinzipien der nationalen Souveränität und der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten bestimmt werden, was genau dem Marxismus-Leninismus entspricht. Diese Prinzipien aber hat der sowjetrevisionistische Sozialimperialismus längst verraten, und er bedroht selber Jugoslawien. Man sieht, daß der Vorwurf, den sie vergeblich den Chinesen gegenüber machen, auf sie selber zurückfällt und ihre Fratze noch deutlicher zeigt.

Es ist klar, daß der kalte Krieg in der Absicht geführt wird, die Volksmassen, die unter ihrer Herrschaft oder ihrem Einfluß stehen, für einen Aggressionskrieg gegen das sozialistische China einzunehmen. Das 800-Millionen-Volk Chinas aber ist materiell und geistig gerüstet, um jeden Aggressor zurückzuschlagen. Deshalb kann die Abenteuerpolitik der Sozialimperialisten nur zum Scheitern führen.

3. Jahrestag des Überfalls auf die Tschechoslowakei

Am 21. August jährt sich zum dritten Mal der Tag, an dem Truppen der Sowjetunion und anderer Länder des Warschauer Paktes über die Tschechoslowakei herfielen. Was hat sich seither ergeben?

Es wird der Anschein erweckt, als ob der Widerstand der Tschechen und Slowaken nachgelassen habe, nachdem der neue Häuptling, Gustav Husak, an der Regierung ist. Sollte sich das tschechoslowakische Volk tatsächlich von diesem alten Verräter, der wegen seiner früheren Verbrechen zurecht im Gefängnis saß, täuschen lassen und vergessen haben, daß er auf der Spitze der sowjetischen Bajonette an die Macht kam

und die Geschäfte der sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten offen betreibt? Es ist klar, daß die Tschechoslowaken keine verräterische Unterwerfung unter den sowjetischen Sozialimperialismus nicht vergessen werden und ihren Widerstand gegen die Besatzermacht und deren Marionetten im eigenen Land fortsetzen. Gustav Husak spielt heute eine üble Rolle unter den Vasallen der Breschnew-Clique und ist einer der Hauptkriegstreiber gegen die Volksrepublik China und gegen die drei Balkanstaaten, Albanien, Rumänien und Jugoslawien.

Es ist zu sagen, daß die Widerstandsbewegung gegen nationale Unterdrückung nicht etwa von den alten revisionistischen Hauptlingen wie etwa Dubcek oder Svoboda angeführt wird, die die CSSR zwar aus der Klammer der Sozialimperialisten lösen wollten, aber nur um sie stattdessen dem amerikanischen und westdeutschen Kapital zu verkaufen. Die entschiedensten Kämpfer für die gerechte Sache des tschechoslowakischen Volkes sind die wirklichen Kommunisten, die Gottwald-Gruppe (nach dem früheren Präsidenten der tschechoslowakischen Republik Klement Gottwald benannt). Die Kommunisten lassen sich nicht

von den pseudosozialistischen Reden der Breschnew, der Husak usw. täuschen, die nur das Ansehen des Sozialismus unter den Massen für ihre eigenen Zwecke ausnutzen und genau wie die Hitler, die Nixon und wie sie alle heißen, die Völker unterdrücken. Dabei nützt es auch nichts, wenn Breschnew eine neue Theorie von der "begrenzten Souveränität" der sozialistischen Länder aufstellt, die dem Marxismus-Leninismus 100%ig widerspricht. Niemand kann ungestraft die Souveränität der Nationen verletzen, die Völker werden sich gegen die Unterdrücker wenden und sie schließlich zurückschlagen!

Wer bedroht wen in Südasien?

Am letzten Montag schlossen die Sowjetunion und Indien miteinander einen "Freundschafts- und Beistandspakt" auf 20 Jahre ab. Beide Seiten rühmten sich, den Frieden in Asien damit gefestigt zu haben. Gleichzeitig beschuldigen sie Pakistan und vor allem die Volksrepublik China als Unruhestifter und Kriegstreiber in Asien.

Wer sind nun wirklich die Friedensmächte und wer die Kriegstreiber?

Vor einigen Monaten rief die Awami-Liga in Ostpakistan eine Unabhängigkeitsbewegung hervor, die sie unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Ausbeutung Ostpakistans durch Westpakistan führte. Mit diesem Programm gelang es ihr, im Wahlkampf größere Volksmassen zu täuschen.

Es handelte sich dabei um ein großangelegtes Betrugsmanöver. An der Spitze dieser Bewegung stand ein übles heuchlerisches Element aus den Reihen der Maharadschas und Scheichs, der herrschenden Klasse in Ostpakistan. Er versuchte in Absprache mit Maharadschas, Brahmanen und sonstigen Blutsaugern am indischen Volk Pakistan zu spalten und Ostpakistan den indischen Machthabern in die Hände zu spielen. Sowohl die US-Imperialisten, die über den CIA die Awami-Liga mit aufgepöppelt hatten, als auch die sowjetischen Sozialimperialisten, die schon damals engsten Kontakt zu den indischen Reaktionären unterhielten, waren ebenfalls an diesem schmutzigen Geschäft beteiligt.

Warum versuchen nun alle diese Mächte Pakistan zu spalten?

In Indien herrscht ein äußerst reaktionäres Regime, eine geschichtliche Pro-

menadenmischung aus feudalistischer Reaktion und modernem Imperialismus. Die herrschenden Maharadschas, Brahmanen und sonstige "ausgewählte" Kasten leben in überschwenglichem Reichtum und vermehren Not und Elend des indischen Volkes immer mehr. Wie in kaum einem anderen Land wurden die Massen in ein bis heute noch vorhandenes Kastensystem gefesselt. Die Hindureligion ist ein finsternes, abergläubisches Gebräu, mit dem große Teile des Volkes bis heute geistig verklavt werden. Die Gandhi-Bewegung, an deren Tradition die jetzt so angeblich fortschrittliche Führungselite anknüpft, predigte Gewaltlosigkeit für die Volksmassen, um schon während des Unabhängigkeitskampfes die unterdrückten Massen zu Wehrlosigkeit und Fatalismus gegenüber den Schmarotzern zu erziehen.

Die indischen Reaktionäre haben schon des öfteren unverhüllt ihre Expansionsgelüste gezeigt. So halten sie einen Teil von Kaschmir, das sich in einem Volksentscheid eindeutig zu Pakistan gehörig erklärte, gewaltsam in ihrem Machtbereich. So überfielen sie die VR China und mußten militärisch zurückgeschlagen werden. So unterstützen sie auch die reaktionäre Awami-Liga gegen die pakistanische Zentralregierung und propagieren ein unabhängiges Ostpakistan, das sie ihrem Machtbereich zuschlagen können.

Alle diese Maßnahmen, die von den beiden imperialistischen Supermächten tatkräftig unterstützt werden, richten sich gleichzeitig gegen die VR China. Dabei wollen sie chinafreundliche Nationen wie Pakistan nicht dulden, weil sie die VR China einkreisen wollen.



Der pakistanische Ministerpräsident Yahya Khan wird von den chinesischen Volksmassen in der Volksrepublik herzlich willkommen geheißen.

Die indische Regierung mischte sich auf unverschämte Weise in die inneren Angelegenheiten Pakistans ein und verstieß damit gegen die nationale Souveränität Pakistans. Um sich dafür einen Vorwand zu verschaffen, behauptete sie stur, daß Veränderungen in Pakistans innerer Lage "nur Indiens eigene Sicherheit gefährden können! Auch verstiegen sie sich zu solch wahnwitzigen Theorien wie der, daß "die Geographie" es unmöglich für sie mache, die Lage Pakistans "als ausschließlich innere Angelegenheit Pakistans zu betrachten". Ähnliche Theorien wandten im 2. Weltkrieg die Hitlerfaschisten an, die unter anderem wegen der geographischen Lage halb Europa für sich beanspruchten. Dieser Theorie mangelt es auch an jeglicher innerer Logik. So könnte Pakistan ebenfalls behaupten, daß es auf Grund der Geographie die Lage Indiens nicht als ausschließlich innere Angelegenheit Indiens betrachten könne. Die indische Regierung entfachte auch einen riesigen Propagandarummel für die angebliche Unabhängigkeitsbewegung in Ostpakistan, der in Wirklichkeit nur ein Mittel ihrer eigenen imperialistischen Politik darstellte, und unterstützte sie durch militärische Hilfe und Sabotage- und Spionagetrupps. Schließlich fanden offene Absprachen statt zwischen der indischen Regierung und den beiden imperialistischen Supermächten über ein mögliches militärisches Eingreifen in die Kämpfe innerhalb Pakistans.

Es zeigt sich also nur allzu deutlich, daß es nicht Pakistan ist, das Indiens Sicherheit bedroht, sondern vielmehr umgekehrt.

Was sagt die bürgerliche Presse zum indisch-pakistanischen Konflikt?

Sie will uns weismachen, daß Pakistan eine kriegerische Nation sei, die Indien andauernd mit einem Angriff droht; daß China in Pakistan sein "Großmachtinteresse" durchsetze, weil es die pakistanische Zentralregierung unter Yahya Khan unterstützt, die bekanntlich den Spaltungsversuch der Imperialisten und ihrer Agenten in Ostpakistan eine militärische Niederlage versetzt hat; daß Indien im Grunde eine friedliche Nation sei, die die Gandhi-Theorie von der Gewaltlosigkeit hochhalte.

Diese ganze Darstellung hat mit den Tatsachen nicht das geringste gemein und strotzt vor lauter Verdrehungen und Lügen. In Wirklichkeit ist es Indien, das seine Truppen an der ostpakistanischen Grenze zusammgezogen hat und schon erste bewaffnete Überfälle auf pakistanisches Territorium unternommen hat. Pakistan kann diesem Treiben natürlich nicht tatenlos zusehen und verteidigt gerechtermaßen seine Landesgrenzen.

Schließlich verfällt die bürgerliche Presse noch in lautes Wehklagen darüber, daß man Scheich Mujibur Rahman, dem Führer der Awami-Liga, einen Prozeß wegen "Anstiftung zum Krieg" gegen Pakistan macht, und stellt diesen dreckigen Agenten der Imperialisten noch als freundlichen, friedliebenden Menschen dar. Und vor allem erhebt sie ein Gejammer wegen der armen Flüchtlinge und spielt sich als Vertreter der Humanität auf. Dabei verschweigt sie aber, daß die Awami-Liga ein Gemetzel unter den

in Ostpakistan lebenden Westpakistanis veranstaltete, dem Zehntausende zum Opfer fielen, und bezichtigte die westpakistanische Regierung des "Völkermords".

Die gemeinen Verdrehungen und das pazifistische Gejammer der bürgerlichen Presse sollen darüber hinwegtäuschen, daß Pakistan einen gerechten Kampf gegen indische, sowjetische und amerikanische Imperialisten führt. Die westdeutsche Bourgeoisie bemäntelt eben das Treiben der anderen Imperialisten und pfeift auf das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung.

Die VR China dagegen hält an dem grundlegenden Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung unbedingt fest und unterstützt deshalb Pakistans gerechten Kampf gegen imperialistische Angriffe. Sie regelt ihre Beziehungen mit Pakistan gemäß den Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz. Diese Politik wird von den Kommunisten in aller Welt unterstützt.

Durch den indisch-sowjetischen Vertrag wollen die sozialimperialistischen Sowjetführer die VR China weiter einkesseln. Dabei sind sie sich der Unterstützung seitens der reaktionären indischen Imperialisten sicher, die sie zudem in wirtschaftlicher Abhängigkeit von sich halten. Sie stehen im Kampf gegen den Kommunismus und gehen die VR China zusammen mit den US-Imperialisten in vorderster Linie auf der Welt. Das hat sich bereits gezeigt, als sie an Ceylon und Indonesien Waffen zur Niederschlagung der aufständischen Volksmassen geliefert haben. Das zeigt sich auch an ihrer Haltung gegenüber dem indisch-pakistanischen Konflikt. Die revisionistische Breschnew-Clique übermittelte der pakistanischen Regierung eine heuchlerische Botschaft, in der sie die pakistanische Regierung zur Erhaltung des Friedens mahnt und sich scheinheilig auf die Seite des pakistanischen Volkes stellt. Gleichzeitig betreiben diese "Friedensengel" im Bund mit den indischen Reaktionären die Spaltung der pakistanischen Nation. Es zeigt sich also, daß sie im Namen von Frieden und Freundschaft die elementaren Rechte anderer Nationen beschneiden.

Nach Abschluß des indisch-sowjetischen Vertrages hatten beide Seiten nichts Belligeres zu tun, als sich über eine "politische Lösung" des Pakistan-Problems zu einigen. Sie nahmen dabei den von ihnen mitverursachten Flüchtlingsstrom zum Vorwand, um sich dreist immer tiefer in die inneren Angelegenheiten Pakistans einzumischen.

Diese aggressive Großmachtspolitik seitens der sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten, diese Kriegstreiberpolitik der angeblich größten "Friedensmacht" der Welt verschärft die Lage in Asien immer mehr und beschwört einen neuerlichen Weltkrieg herauf. Die Völker aller Länder aber werden sich entschieden gegen die imperialistischen Kriegstreiber wenden und für einen wirklichen Frieden kämpfen.

Was haben Nixon's Wirtschaftsbeschlüsse für die deutschen Arbeiter zu bedeuten?

Die am Montag von US-Präsident Nixon veröffentlichten Beschlüsse haben die ganze kapitalistische Welt erschüttert. Durch eine 10% Importsteuer und anderen Maßnahmen soll die ausländische Konkurrenz in den USA benachteiligt werden, damit das amerikanische Großkapital seine Wirtschaftskrise ein wenig hinauszögern kann. Die amerikanischen Imperialisten stecken so tief in einer Krise, daß sie keinerlei Rücksicht mehr auf die anderen kapitalistisch-imperialistischen Länder nehmen und damit den Auftakt zu einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise setzen.

Die Wirtschaftskrise der USA ist der neueste Höhepunkt in dem Verfall des imperialistischen Systems. Seit dem zweiten Weltkrieg wurden die USA zur imperialistischen Supermacht, indem die US-Monopole die Schwäche der anderen Staaten ausnutzten und sie in ihre Abhängigkeit brachten. Die US-Monopole beherrschten und beherrschen weiterhin die Wirtschaft fast ganz Lateinamerikas, vieler Staaten in Asien und Afrika, darüber hinaus haben sie in allen Industriestaaten ihre Finger im Spiel. Die von ihnen beherrschten Länder werden rücksichtslos ausgeplündert, die Wirtschaft total in Abhängigkeit und die Menschen in unbeschreiblichem Elend gehalten. Damit sie die Ausbeutung aufrechterhalten und ausdehnen können, haben sie die ganze Welt mit einem Netz von 2000 Militärstützpunkten umgeben.

In den anderen kapitalistischen Ländern unterwanderten die US-Kapitalisten die Industrie und diktierten das internationale Währungssystem. Indem die amerikanischen Imperialisten die anderen Länder unterdrückten, riefen sie nur um so mehr den Widerstand der anderen Völker hervor. Der amerikanische Imperialismus ist aber auf die Ausbeutung der anderen Länder angewiesen, darum verstärkt er seine verzweifelten und von der Geschichte nur zum Tode verurteilten Bemühungen, die anderen Völker zu unterdrücken, womit er sein System noch weiter untergräbt. Einerseits war der US-Imperialismus gezwungen, sich in seinem Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk weiter zu verzetteln, seine militärischen Ausgaben weiter und weiter zu steigern und seine Wirtschaft zu ruinieren. Andere kapitalistische Länder, z.B. Frankreich, befreiten sich immer mehr aus der Bevormundung durch das amerikanische Kapital und verdrängten mehr und mehr die US-Konzerne vom Weltmarkt. Andere kapitalistische Länder, wie vor allem die BRD, nutzten den Vietnamkrieg aus, um in die vom amerikanischen Kapital gelassenen Marktlücken zu springen.

Die amerikanischen Imperialisten diktierten den anderen Ländern den Dollar als Leitwährung. Die Krise des amerikanischen Imperialismus untergrub jedoch auch die Stellung des Dollars. Der amerikanische Imperialismus erzwang aber mit erpresserischen Methoden, um seine eigenen Vorteile zu sichern, daß der Dollar weiterhin als Leitwährung

galt, obwohl der Dollar keine Deckung und keine Sicherheit mehr besaß, was die Weltwährungskrise noch weiter vorantrieb. (Wir werden noch ausführlicher in der "Revolutionären Stimme" und "Neuen Einheit" in all-gemeinverständlicher Form über die Weltwährungskrise berichten)

Die deutschen Kapitalisten und ihre bürgerliche Presse haben bis vor kurzem dieses verfaulende, räuberische System noch als "fortschrittlich" und "menschlich" bejubelt. Welcher Arbeiter kann sich nicht erinnern, wie Hunderttausende in Westberlin den imperialistischen Kriegstreibern Kennedy, Johnson, Nixon zugejubelt haben. Den Westdeutschen und Westberlinern wurden von den kapitalistischen Meinungsmachern die USA immer als wegweisendes Vorbild hingestellt. In welche Richtung dieses "wegweisende Vorbild" geht, das ist in den letzten Jahren restlos klar geworden: in den Untergang.

Was bedeutet das für die deutsche Arbeiterklasse?

Die deutsche Bourgeoisie und ihre Presse möchten der deutschen Arbeiterklasse einreden, daß die "amerikanische Nation", ja sogar das Weltwährungssystem, krank sei, daß aber die deutsche Arbeiterklasse eine neue Hoffnung habe, nämlich wenn "wir alle" zusammenhielten, wenn die deutschen Arbeiter akzeptieren würden, daß die Lebenslage sich für einige Zeit verschlechtert, daß dann aber Hoffnung bestehe, daß unser Lebensstandard gehalten wird.

Was wollen die Kapitalisten mit ihrer Politik unter den Arbeitern erreichen?

Sie wollen erstens die Tatsache verschleiern, daß die Weltwirtschaftskrise eine Phase im Untergang des Imperialismus ist, die sich ständig verschärft und schließlich das ganze System zum Zusammenbruch bringen wird. Denn es ist eine Unmöglichkeit, daß einige winzige Monopolcliquen immer mehr Eigentum in ihrer Hand konzentrieren und sich gegenseitig bis aufs Messer bekämpfen, während auf der anderen Seite die Produktivkräfte soweit entwickelt sind, daß die Arbeiterklasse selber die Macht in die Hände nehmen kann. Das westdeutsche Kapital möchte den Arbeitern weismachen, daß die westdeutsche Gesellschaft eine stabile Gesellschaft mit einer stabilen Wirtschaft sei, eine stabile Oase unter lauter zerfallenden Systemen, die es zu verteidigen gelte.

Wie sieht es aber wirklich aus?

Die westdeutsche Bourgeoisie ist an der Weltwirtschaftskrise der USA voll beteiligt. Sie hat während der Weltwährungskrise im Mai 1971 die USA unterstützt, indem sie eine einheitliche

europäische Front gegen die USA verhinderte. Die westdeutschen Kapitalisten wollen von der Weltwährungskrise noch profitieren; indem sie den USA Schützenhilfe leisten, wollen sie sich gleichzeitig die Duldung des US-Imperialismus für ihr Vormachtstreben in Europa erkaufen. Gleichzeitig hoffen sie aber, ihre gestärkte Stellung dazu ausnutzen zu können, selber zu einer Weltmacht zu werden, die mit den USA und dem sowjetischen Sozialimperialismus konkurriert. Sie wollen sich also mit ihrer schmierigen und käuflichen Haltung zur Vormacht aufschwingen.

Sie wollen die Arbeiter für ihren abenteuerlichen und schmierigen Weg mit-einspannen, ja sie wollen sie sogar zum Verzicht auf Lohn und zur Akzeptierung der jetzt schon angekündigten Entlassungen bewegen. Für die Arbeiter gilt es zu erkennen, daß diese Politik auf keinen Fall von Vorteil für sie ist; sie darf sich vor allem nicht durch die Erfahrungen der letzten zwanzig

Jahre täuschen lassen, in der sich der westdeutsche Kapitalismus relativ gleichmäßig entwickeln konnte.

Von jetzt ab versucht der westdeutsche Imperialismus, durch Betriebsverlagerungen ins Ausland seine Stellung zu behaupten. Im Inland soll die Arbeitslosigkeit eine unerträgliche Arbeits-hetze und Lohndruck ermöglichen. Die Erfahrungen der USA haben gezeigt, daß eine imperialistische Ausdehnungspolitik nur zu Ruin und Elend der Massen führt. Solch eine Politik beruht immer auf der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung anderer Völker, sie wird sich immer zum Nachteil der Arbeiter auswirken. Deshalb ist es notwendig, daß die größten Teile der Arbeiterklasse aus ihrem alten Trotts ausseren, keinen Schritt von ihren Lohnforderungen zurückweichen, den Drohungen und Verlockungen der bürgerlichen Presse eine Abfuhr erteilen und vor allem einen prinzipiellen Kampf gegen den Imperialismus aufnehmen.



Am 18. März d. J. begannen die Postarbeiter in New York zu streiken. In wenigen Tagen dehnte sich dieser Streik über mehr als 200 Städte aus, mit einer Teilnehmerzahl von 250 000, so daß der Postverkehr im ganzen Land beinahe völlig lahmgelegt wurde. Das war ein schwerer Schlag gegen die monopolkapitalistische Herrscherclique der USA. Hier streikende Postarbeiter

Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten/NEUE EINHEIT

Kontakt über Tel. 2162357 Di, Do, 18⁰⁰--20⁰⁰

Eigendruck im Selbstverlag
Postadresse: Verlag NEUE EINHEIT, 1 Berlin 30, Zietenstr. 22